



HESSISCHER LANDTAG

29. 05. 2001

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Aktionsprogramm gegen den Lehrermangel in Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Aktionsprogramm gegen den Mangel an Lehrerinnen und Lehrern in hessischen Schulen aufzulegen. Für eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung in Hessen reicht es nicht aus, zusätzliche Stellen zu schaffen. Entscheidend ist vielmehr, tatsächlich eine entsprechende Zahl von Lehrkräften in den Unterricht zu bringen. Nicht die rechnerische Unterrichtsgarantie, sondern der tatsächliche, in der Praxis vorhandene Lehrermangel muss abgestellt werden.

Folgende Maßnahmen sind dabei unter anderem zu berücksichtigen:

1. Veränderung der Einstellungsverfahren. Mittelfristig soll die Einstellung der Lehrkräfte durch die einzelnen Schulen das Ranglistenverfahren ersetzen.
2. Wiedergewinnung von ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern als "Späteinsteiger".
3. Öffnung des Schuldienstes für "Umsteiger". Einrichtung von entsprechenden pädagogischen Weiterbildungsmöglichkeiten, um die Qualität des Unterrichts zu gewährleisten.
4. Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern aus dem Ausland. Hiervon kann insbesondere der Fremdsprachenunterricht und die Ausweitung bilingualen Unterrichts profitieren.
5. Werbung für den Lehrerberuf, insbesondere auch bei Kindern von Migrantinnen und Migranten.
6. Initiativen zur Veränderung der Lehrerausbildung, der Besoldungsstruktur und des Dienstrechtes. Nur so kann die Personalentwicklung in den Schulen, das Wechseln vom Lehrerberuf in einen anderen Beruf und umgekehrt auf Dauer gelingen.

Begründung:

In Hessen nimmt - wie in anderen Bundesländern auch - der Lehrermangel partiell drastische Formen an. Speziell in den Bereichen der Sonderschule und Beruflichen Schulen kann der Bedarf schon jetzt nicht gedeckt werden. Der Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Kurz- und mittelfristig wird es einen großen Mangel an "regulär" ausgebildeten Lehrkräften geben.

Bislang ist kein fundiertes Gesamtkonzept zur künftigen Sicherung der Unterrichtsversorgung der Landesregierung bekannt, das Antworten auf die Fragen gibt:

- wo die zusätzlichen Lehrkräfte herkommen sollen,
- wie dem Fachlehrermangel vor allem in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern abgeholfen werden kann,

- wie die Zahl der Lehramtsstudierenden erhöht werden kann.
Eine unstrukturierte Einstellungspolitik, mangelnde Absprachen und der beschriebene Mangel an Fachlehrerinnen und -lehrern führt zu hohem Unterrichtsausfall an einzelnen Schulen.

Obwohl die Mittel dafür vorhanden waren, ist es kaum gelungen, zu Beginn des Schuljahres die Stellen mit Junglehrerinnen und -lehrern zu besetzen. Die überschüssigen Mittel werden zum Teil für die Vertretungsreserve genutzt, Vertretungslehrerinnen und -lehrer werden allerdings nur zeitlich befristet eingestellt, eine Umwandlung in ein festes Arbeitsverhältnis findet selten statt.

Zur langfristigen qualitativen und quantitativen Sicherung der Unterrichtsversorgung genügen weder Absichtserklärungen noch Stellenausschreibungen allein. Notwendig ist ein fundiertes Gesamtkonzept, das aus kurzfristigen Maßnahmen, neuem Personalmanagement und langfristig wirkenden strukturellen Veränderungen besteht. Es ist die Voraussetzung auch für die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen, die nicht nur wegen der weiterhin wachsenden Zahl von Schülerinnen und Schülern, sondern vor allem auch wegen der zusätzlichen pädagogischen Aufgaben an den Schulen benötigt werden.

Die nächsten Jahre sind durch folgende Problemlagen gekennzeichnet:

- Die Schülerzahlen steigen noch bis zum Schuljahr 2004/2005 an und werden dann sehr langsam wieder zurückgehen. .
- Die Zahl der Lehramtsstudierenden, die sich in den letzten Jahren für die verschiedenen Lehramtsstudiengänge an den Hochschulen eingeschrieben hat, bleibt hinter dem rechnerischen Ersatzbedarf zurück. So liegt in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern die Zahl der Einschreibungen zum großen Teil erheblich unter dem Bedarf.

Die größten Probleme bei der Sicherung der Unterrichtsversorgung zeichnen sich an den Haupt- und Realschulen und den Beruflichen Schulen in den nächsten Jahren ab.

An den Beruflichen Schulen in Hessen kann nicht in allen Klassen der vollständige Unterricht angeboten werden. Je nach Berufsfeld, Schulform und Region fallen bis zu 10 v.H. des Unterrichts aus. Dringend notwendige Spezialisten, insbesondere in den Zukunftsberufen im IT-Bereich, aber auch Ingenieurinnen und Ingenieure, Technikerinnen und Techniker, Diplomhandelslehrerinnen und -lehrer können nicht mehr gefunden werden. Ohne die "riesige Bugwelle" von Überstunden, die von den Berufsschulkollegien Jahr für Jahr erteilt werden, wären die Defizite noch gravierender.

An den Haupt- und Realschulen fehlen vorwiegend Lehramtsabsolventinnen und -absolventen mit den Fächern Englisch, Musik, Chemie und Physik. Durch die zunehmenden und von uns unterstützten bilingualen Angebote an den Haupt- und Realschulen werden zusätzliche Lehrkräfte benötigt, die neben Englisch oder Französisch auch Fächer, wie z.B. Erdkunde, Sozialkunde, Sport und Biologie, zweisprachig unterrichten können.

Von Jahr zu Jahr sind die durchschnittlichen Klassengrößen, insbesondere an den Gymnasien und Realschulen, gestiegen. Zudem gibt es bereits Unterrichtsdefizite in einigen Fächern am Gymnasium, wie z.B. Sport und Musik. Zusätzlich sind Arbeitsgemeinschaften an Schulen vielfach zusammengestrichen worden.

Wiesbaden, 28. Mai 2001

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir